Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags 16 Uhr. Bezugspreis monatl. 2 RM. frei Haus, bei Postbestellung 1.40 RM zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut aufliegender Preisliste Nr. 5. — Ziffer-Gebühr: 20 Rpf. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206

Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß. — Bei Konkurs und

Das „Wilsdruffer Tageblatt" ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Meißen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff, des Finanzamts Nossen sowie des Forstrentamts Tharandt Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts

Nr. 81 — 100. Jahrgang | Drahtanschrift: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 6. April 1940

Gerüstete Wirtschaft

Rechtzeitige Kohlenversorgung — Kreditbereitschaft der Banken

Es ist Kennzeichen nationalsozialistischer Führung und Tatkraft, daß erkannte Mängel und Fehler sofort abgestellt werden. Wir haben einen außerordentlich starken und anormalen Winter hinter uns, einen Winter, wie er vielleicht alle 100 Jahre einmal vorkommt. Daß durch derart strenge Fröste Schwierigkeiten entstehen, ist selbst in normalen Zeiten nicht zu vermeiden, um so weniger in Kriegszeiten.

Durch den außergewöhnlich großen Bedarf an Kohle sind Stockungen eingetreten, die nicht zu vermeiden waren und deren Beseitigung außerhalb menschlicher Macht lag. Doch es ist Vorsorge getroffen, daß künftig der Kohlenbedarf für die Betriebe und Haushaltungen gesichert wird. Nach dem Plan, der vom Reichskohlenkommissar Walter für den nächsten Winter aufgestellt ist, dürfen wir in Ruhe und Vertrauen in die Zukunft sehen. Der Kohlenplan ist von dem Gedanken diktiert, beizeiten jedem die notwendige Kohlenmenge zu sichern und diejenigen Monate des Jahres für Kohlentransporte auszunutzen, in denen die Eisenbahn für den Transport anderer Massengüter weniger in Anspruch genommen wird. Der weitaus überwiegende Teil der benötigten Kohlenmenge muß deshalb in der Zeit vom Frühjahr bis zum Spätsommer an den Verbraucher gelangt sein. In den anderen Monaten wird die Eisenbahn für den Transport von Düngemitteln und Saatgut und für die Ernte in erhöhtem Maße in Anspruch genommen. In der angegebenen Zeit steht auch genügend Kahnraum für den Kohlentransport zur Verfügung.

Die überaus weitsichtige Planung der Sicherung des Kohlenbedarfes setzt beim Verbraucher voraus, daß er seinen Bedarf früher als sonst deckt. Haben die Haushalte vielleicht sonst im Spätsommer oder im Herbst ihre Kohlenbestellungen auf, so müssen diese Bestellungen jetzt bereits im Frühjahr erfolgen, um die rechtzeitige Bereitstellung der Kohlenmengen sicherzustellen.

Es ist selbstverständlich, daß wir in Kriegszeiten mit unseren Kohlenvorräten haushalten müssen. Ein sinnloses Verheizen der kostbaren Kohle wäre geradezu sträflich. Unsere Vorräte sind ausreichend und können jeden Bedarf decken, aber der Krieg erfordert Maßhalten in allen Dingen. Deshalb wird auch die Bemessung des Kohlenvorrates anders geregelt werden. Namentlich bei der Einzelofenheizung wird es nicht danach gehen, wieviel Räume eine Wohnung hat, sondern wieviel Familienmitglieder zum Haushalt gehören. Es ist durchaus logisch und sozial gerecht, daß die größeren Familien auch den größeren Kohlenvorrat zu beanspruchen haben. Der Kohlenplan gibt aber allen die Gewißheit, daß sie rechtzeitig genügend Kohlen in ihren Kellern haben. Der Vorrat mag vielleicht geringer sein als in normalen Zeiten, aber er wird immerhin ausreichend sein, um dem Winter zu begegnen. Und schließlich ist es immer besser, Kohlen im Keller zu wissen, als mit Bangen auf das Eintreffen von Kohlenzügen zu warten.

Als letzte der Berliner Großbanken hat soeben die größte, die Deutsche Bank, ihr Abschlußwerk für 1939 veröffentlicht. Damit ist die Zeit gekommen, sich an Hand der Ziffern der führenden Kreditinstitute ein Bild von der kreditwirtschaftlichen Entwicklung und Lage zu machen. Es ist seit langem schon viel von der Geldfülle die Rede, die in Deutschland bereits vor dem Kriege zu beobachten war und nach seinem Ausbruch noch verstärkt in Erscheinung getreten ist. Die ersten Großbankabschlüsse erweckten freilich den Eindruck, daß gegenüber dem hierdurch verursachten Einlagenzustrom bei den Banken auch eine merkliche Zunahme der Kreditbedürfnisse aufgetreten sei, also eine Verflüssigungs- und eine Anspannungstendenz zugleich. Die Zahlen der Deutschen Bank bestätigen jedoch, daß außerhalb des Bereiches der auf Sonderkundschaft abgestellten Institute wie der in besonderem Maße mit Großunternehmen arbeitenden Berliner Handelsgesellschaft die Verflüssigung durchaus überwiegt. Vergleicht man nur, daß die Einlagen sich insgesamt um 457 Millionen Mark vermehrten, die sogenannten Wirtschaftskredite — worunter üblicherweise Schuldner- und Warenvorschüsse verstanden werden — sich hingegen um 44 Millionen Mark verminderten, so wird dies ganz deutlich. Aehnlich haben sich die Dinge bei den anderen über einen dritten Kundenkreis verfügenden Filialinstituten gestaltet. Trotz wesentlicher Sonderzugänge blieb insgesamt die Zunahme der Wirtschaftskredite von 3,24 auf 3,30 Milliarden Mark weit hinter der Steigerung der fremden Mittel von 6,88 auf 7,98 Milliarden Mark zurück. Die Banken sind dadurch in die Lage versetzt worden, die ihnen zufließenden und außerdem noch durch Verminderung von anderen Anlagepositionen (Wechsel, Wertpapiere) frei werdenden Mittel für die Staatsfinanzierung zur Verfügung zu stellen.

Die Bestände der großen Filialinstitute (Deutsche, Dresdner und Commerzbank) an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen erhöhten sich von 1061 auf 2321 Millionen Mark. — Das bedeutet zugleich eine wesentliche Verstärkung der Liquidität. Hierin drückt sich eine große Kreditbereitschaft aus, die im Augenblick von der Wirtschaft offenbar nicht ausreichend gebraucht wird, aber für die Zukunft von Bedeutung werden kann. Es ist eine alte „Weisheit", daß Liquidität für die Kreditinstitute kostspielig ist, aber sie ist eine Voraussetzung für die Erfüllung der an sie gestellten Anforderungen. Wenn ein einziges Institut wie die Deutsche Bank nicht weniger als 3,73 Milliarden Mark Gelder der Wirtschaft verwaltet, dann unterliegt es auch der Verpflichtung zu jeder nur erdenklichen Vorsorge. Sie beschränkt sich übrigens nicht allein auf ausreichende Liquiditätssicherung, erstreckt sich vielmehr ebenso auf genügende Reservenstärkung.

Alter Hausrat — neue Waffen,
Alte Münzen neue Wehr!
Alles laßt herbei uns schaffen
Für des deutschen Volkes Ehr!

Front gegen die Rechtsbrecher

Dreiste Angriffe der Franzosen gegen die Neutralen — Lebhafte Gegenwirkung

Nachdem im Obersten Kriegsrat in London der rücksichtslose Blockadekrieg gegen die Neutralen beschlossen worden ist und der Lieblingstraum des britischen Diktators Churchill und seines jungen Mannes in Paris, Reynaud, in die Wirklichkeit umgesetzt werden soll, hat nun auch die Pariser Presse scheinbar Auftrag erhalten, in der gleichen Tonart wie die Hetzpresse Londons die Neutralen darauf vorzubereiten, daß künftig eine Respektierung der Neutralität durch die Westmächte nicht mehr erfolgen werde.

Hatte noch das führende Pariser Blatt „Temps" vor kurzem gewisse Hemmungen, den Neutralen das wahre Gesicht der westdemokratischen Brutalität zu zeigen, so sind diese Hemmungen jetzt scheinbar beseitigt. Denn nunmehr erklärt z. B. der „Matin" mit dreister Stirn: „Wir schlagen uns für die Neutralen (!). Die Westmächte beabsichtigen die Neutralität unter Berücksichtigung dieser „Wahrheiten" auszulegen und betrachten dieses als ihr gutes Recht." Die Zeitschrift „Justice" unterstreicht, Frankreich und England seien entschlossen, jetzt die Methoden zu ändern, um die Blockade wirksamer zu gestalten. Die Demokraten sind entschlossen, fährt das Blatt fort, sich nicht mehr bei vergeblichem „Formalismus" aufzuhalten. „Le Journal" meint, „daß der Krieg langsam, aber sicher sein wahres Gesicht zeige. Ein komischer Krieg. Aber nein, eine Belagerung Deutschlands."

Gewiß, aber eine komische Belagerung, bei der Deutschland außer im Westen sämtliche Grenzen offen hat. Ein Krieg, den die Westmächte hoffen, auf Kosten der Neutralen führen zu können, weil sie auf direktem Wege gegen die deutschen Waffen nicht ankönnen.

Balkanländer zum Widerstand entschlossen

Daß die Neutralen nicht gewillt sind, sich von den politischen Gangsters an der Seine und an der Themse an die Wand drücken zu lassen, beweisen die zahlreichen Stimmen der neutralen Presse, die darauf hinweisen, daß die neutralen Staaten Widerstand leisten werden.

So werden Frankreichs und Englands Erdrosselungsversuche gegenüber dem Handel der Neutralen von den italienischen Zeitungen schärfstens gegeißelt, die gleichzeitig betonen, daß in fast allen neutralen Staaten eine lebhafte Gegenwirkung gegen die Androhung der Verschärfung der Blockade durch die britischen Weltausbeuter festzustellen sei.

So seien insbesondere die Balkanländer entschlossen, einem britischen Druck heftigen Widerstand entgegenzusetzen. Aber auch Deutschland sei nicht untätig geblieben und bereits mit der dem Nationalsozialismus eigenen Entschlossenheit zur Gegenoffensive übergegangen.

Auch in Bulgarien beschäftigt man sich in den maßgebenden Kreisen mit der Bedrohung der Neutralität durch den Oberkriegshetzer Churchill.

Aber, so bemerkt das bulgarische Blatt „Sora", die angekündigte plutokratische Blockade stoße auf ein anderes Deutschland als im Weltkrieg: Wirtschaftlich stünden dem Reich jetzt die unermeßlichen Hilfsquellen der Sowjetunion zur Verfügung, militärisch aber würden die deutschen Flieger sicherlich nicht mit verschränkten Armen beiseitebleiben.

Immerhin macht sich die bulgarische Oeffentlichkeit auf alle Möglichkeiten gefaßt und ist, wie man der bulgarischen Presse entnehmen kann, zur Abwehr jeder Ueberraschung ernstlich bereit.

Wie man in Belgrad über die englischen Machenschaften denkt

DNB. Rom, 6. April. Wie die Neutralen über die neuesten englischen Wirtschaftspläne und die Verschärfung der Blockade denken, beweist in recht eindeutiger Weise der Belgrader Korrespondent des „Giornale d'Italia". In seinem Bericht wird betont, daß die dortigen politischen Kreise durch die beabsichtigten englischen Machenschaften in wachsender Besorgnis seien, um so mehr, als die Ausfuhr der Balkanstaaten zu über 50 Proz. von Deutschland aufgenommen werde, während England darauf ausgehe, diesen fruchtbaren Handel zu unterbinden. Jugoslawien sei zusammen mit Rumänien und Ungarn einer der am stärksten und vor allem vorteilhaft mit dem deutschen Handel verbundenen Staaten, denn er erhalte von Deutschland Industrieprodukte und Kriegsmaterial. Selbst wenn Jugoslawien die Absicht hätte, weniger von Deutschland zu beziehen, würde es seine Lage nur wesentlich verschlechtern, denn es wüßte nicht, wie es seinen Bedarf an diesen wichtigen Lieferungen decken sollte, dies um so mehr, als die Westmächte entgegen ihren Behauptungen auf diesem Gebiet zur Zeit wenig zu leisten vermögen. In Belgrader Regierungskreisen herrsche im übrigen die Meinung vor, daß die Haltung Italiens gegenüber diesem Problem die Jugoslawiens und der Balkanstaaten erleichtern werde.

Ungarisches Regierungsblatt zu den englischen Ankaufplänen

DNB. Budapest, 6. April. In bemerkenswerter Weise befaßt sich das Regierungsblatt „Esti Ujsag" mit der in England gegründeten AG. zur Intensivierung, wie es heißt, der englischen Handelsbeziehungen zu Südosteuropa, demnach also auch zu Ungarn. Daß die englische Regierung das Aktienkapital gezeichnet hat, beweise, wie ernst die ganze Angelegenheit beurteilt werden müsse. Heute sei jeder Produktionsüberschuß verkäuflich. Was aber mit keinem Geld und mit keiner Devise erkauft werden könne, sei, so schließt das Regierungsorgan mit Nachdruck, Ungarns Unabhängigkeit und Selbständigkeit sowie sein hartnäckiges Festhalten an Recht und internationaler Gerechtigkeit.

Englands Kriegspläne in Norwegen

Generalstabsoffiziere der Westmächte prüfen die Möglichkeit von Truppenlandungen in Skandinavien.

Nach einer Meldung des Kopenhagener Blattes „Faedrelandet" aus Oslo, ist man in Norwegen sehr beunruhigt über die fortgesetzten Neutralitätsverletzungen, die sich England zuschulden kommen lasse, und man befürchtet, daß sie zunehmend ernster werden.

Englische Kriegsschiffe befahren, so heißt es in dieser Meldung, ohne weiteres norwegische Territorialgewässer und belästigen die Schiffahrt. In einer langen Reihe von Fällen seien die früheren englischen Konsuln, wohlverdiente norwegische Kaufleute und Reeder, durch englische Marineoffiziere ersetzt worden, und schon seit längerer Zeit seien englische und französische Generalstabsoffiziere dabei, die Möglichkeiten einer Landung eines Expeditionskorps zu untersuchen, ebenso wie die Westmächte eine große Anzahl politischer Agenten in Norwegen hätten. In wohlunterrichteten Kreisen sei man der Meinung, daß der Gedanke der Landung eines Expeditionsheeres von 100 000 Mann, wie ihn Daladier und Chamberlain während des finnisch-russischen Krieges erwähnt hätten, nicht aufgegeben sei. Man denke aber nun daran, an mehreren Stellen in Norwegen Truppen zu landen, um dann nach Süden vorzustoßen.

*

Die Meldung des dänischen Blattes kennzeichnet blitzartig den Ernst der Situation in Norwegen. Kaum hat Churchill den alleinigen Befehl über den Einsatz der britischen Wehrmacht übernommen, da geht er schon zur Verwirklichung seiner verbrecherischen Kriegsausweitungspläne im Norden über. Die Belästigung der Schiffahrt innerhalb der norwegischen Hoheitsgewässer läßt erkennen, daß England die Erzausfuhr aus Skandinavien nach Deutschland um jeden Preis unterbinden will. Die systematische Ersetzung der englischen Konsuln durch Marineoffiziere sowie die Entsendung von Generalstabsoffizieren der Westmächte nach Skandinavien läßt darauf schließen, daß die Kriegshetzer ihren ursprünglichen Kriegsausweitungsplan, der durch die Einigung zwischen Finnland und Sowjetrußland zunächst durchkreuzt worden war, trotz dieses ersten Fehlschlags wieder aufnehmen wollen. Wir können uns schon denken, daß diese verbrecherischen Kriegspläne in der norwegischen Bevölkerung stärkste Beunruhigungen hervorrufen, denn das norwegische Volk sagt sich mit Recht, daß eine Truppenlandung der Westmächte in Skandinavien eine Bedrohung Deutschlands vom Norden her bedeuten und unweigerlich Norwegen zum Kriegsschauplatz machen müßte.

Schweden hat die Gefahr erkannt

Daß Deutschland kein Interesse an der Kriegsausweitung habe, bringt das schwedische Blatt „Aftonbladet" zum Ausdruck. Dabei bezeichnet der militärpolitische Mitarbeiter des Blattes die von französischen Zeitungen ausgemalten Möglichkeiten für einen Marinevorstoß in die Ostsee als völlig unsinnig. Man erkennt in Schweden die plutokratische Gefahr für die Neutralen gut und wird auch hier Angriffe der britischen Seepiraten auf die Neutralität nicht ohne weiteres hinnehmen. Denn in den skandinavischen Völkern weiß man, daß die Interessen der Neutralen nicht von den Londoner und Pariser Kriegsverbrechern verteidigt werden, wie diese es immer heuchlerisch behaupten.

Eine endgültige dänische Feststellung

Der Kapitän des „E. H. Stinnes" in den dänischen Hoheitsgewässern von den Engländern entführt

Mit den dänischen Vorstellungen in London wegen der Torpedierung des deutschen Handelsdampfers „Edmund Hugo Stinnes" innerhalb der dänischen Hoheitsgewässer steht die Frage der Freilassung des von den Engländern entführten Kapitäns dieses Dampfers in enger Verbindung.

Von unterrichteter dänischer Seite wird dazu erklärt: Die Umstände bei der Versenkung des Stinnes haben endgültig klargelegt, daß der deutsche Kapitän innerhalb dänischen Seegebietes von den Engländern zum Gefangenen gemacht worden ist. Es kann daher erwartet werden, daß auch die Frage seiner Freilassung ihre Lösung bei den bevorstehenden Verhandlungen in London finden werde.

Brüssel: Engere Zusammenarbeit der Neutralen

In Belgien zeigt man sich sehr beunruhigt über die Absichten der Kriegsverbrecher gegen die Neutralen. Die führende flämische Zeitung „Standaard" erklärt, man könne die englische Auffassung nicht zulassen, nach der es unzulässig sei, wenn neutrale Länder den Krieg als etwas betrachteten, was sie nichts angehe. Die Zeitung „Nation Belge" schlägt eine engere Zusammenarbeit der neutralen Länder vor, und die Brüsseler Zeitung „Metropole" bezeichnet es als eine Notwendigkeit für Belgien, mit Deutschland Handel zu treiben.

Madrid: Ein tollkühner Plan

Das führende spanische Blatt „Alcazar" nennt den britischen Entschluß, die gesamten für die Ausfuhr bestimmten Waren des neutralen Auslandes aufzukaufen, um Deutschland zu schädigen, tollkühn, da bei einem Fehlschlag der Zusammenbruch der gesamten englischen Wirtschaft unvermeidlich sei. Die neutralen Länder würden es aber vorziehen, ihre Waren weiterhin wie bisher abzusetzen, anstatt sich zu einer katastrophalen Verlagerung des wirtschaftlichen Schwergewichts herzugeben, die früher oder später zum Ruin führen müsse.

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF